



BBU-Pressemitteilung 08.11.2023

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Protest: Erster Sonderzug seit drei Jahren und drei LKW mit Uranhexafluorid erreichten heute (8.11.23) die Gronauer Uranfabrik

(Bonn, Gronau, Münster, 08.11.2023): Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau protestieren auf das Schärfste gegen mehrere Urantransporte, die heute (Mittwoch, 8.11.23) die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage in Gronau erreicht haben.

Erstmals seit rund drei Jahren erreichte gegen 11 Uhr ein Sonderzug mit 16 Waggonen mit Uranhexafluorid die Urananreicherungsanlage. Uranhexafluorid ist radioaktiv und chemisch sehr brisant. Aus Richtung Münster kommend hat der Zug ca. 10.15 Uhr Burgsteinfurt passiert. Bedingt durch den Urantransport kam es zu Verspätungen auf der Bahnstrecke Gronau – Münster. Auf der Straßenbrücke vor der Urananreicherungsanlage befanden sich ca. 50 Polizistinnen und Polizisten der Bundespolizei mit ihren Fahrzeugen.

Nach dem Abzug der Polizei erreichten noch drei niederländische LKW mit je einem Uranhexafluorid-Container die Urananreicherungsanlage. Sie kamen vermutlich aus den Niederlanden über die B 54 nach Gronau und hatten keinerlei Begleitschutz.

Für den Betrieb der Urananreicherungsanlage sind zahlreiche Urantransporte – quer durch NRW, Nordeutschland und darüber hinaus - erforderlich. Und so werden den Bürgerinitiativen auch immer wieder Transportbeobachtungen aus mitgeteilt.

Der BBU, das Aktionsbündnis Münsterland und der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau vermuten, dass es bei dem Sonderzug mit Uranhexafluorid einen organisatorischen

Zusammenhang mit dem Probe-Castor-Transport nach Ahaus gibt, der in der Nacht vom 7. auf den 8. November von Jülich nach Ahaus durchgeführt wurde.

Der BBU und die Bürgerinitiativen fordern generell ein Verbot aller Atomtransporte. Zudem setzen sie sich für die Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage ein. „Nach der erfolgten Stilllegung der letzten Atomkraftwerke in der Bundesrepublik müssen auch die Gronauer Uranfabrik und die Brennelementefabrik in Lingen stillgelegt werden,“ fordert Udo Buchholz vom Vorstand des BBU. Buchholz betont, dass die zuständigen Ministerien in NRW und Niedersachsen in „grüner Hand“ sind. „Da muss es doch gemeinsam mit der grünen Bundesumweltministerin Steffi Lemke möglich sein, Stilllegungsfahrpläne für die Urananlagen auf den Weg zu bringen, zumal bereits Rechtsgutachten bestätigt haben, dass die Anlagen stillgelegt werden können.“

Karfreitag hat ein Ostermarsch zur Gronauer Urananreicherungsanlage stattgefunden und noch am letzten Sonntag trafen sich AtomkraftgegnerInnen zum monatlich stattfindenden Sonntagsspaziergang an der Urananreicherungsanlage. Zum nächsten Spaziergang am 3. Dezember wird auch wieder ein Anti-Atomkraft-Nikolaus erwartet.

Weitere Informationen: <https://bbu-online.de>; <https://urantransport.de>. <https://sofa-ms.de>

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO2-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.